



Münchner WECKER



von Beschäftigten für Beschäftigte des Münchner Finanzamts

15. Ausgabe 2014

„Gestern waren alle tot...“

Das klingt etwas verrückt, doch das Zitat stammt - leider - nicht aus dem Science-Fiction-Film „Odyssee im Weltraum“ aus dem Jahre 1968 von Stanley Kubrick. Nein.

Es war „nur“ ein Gesprächsfetzen, aufgeschnappt vom Gespräch am Nebentisch in der Kantine „Deroystraße“.

Klar, dass bei diesem Einstieg „gestern waren alle...“ die Ohren „auf Empfang stellen“ und lieber jeden Buchstaben einzeln auflesen. Nein, es gab nichts wirklich Neues.

„Gestern war...“ die EDV den ganzen Tag ausgefallen. „Was habt Ihr gemacht?“ Nur soviel: alle waren in Wartestellung, wann's weitergeht oder sie haben dies und das erledigt.

Das passte ja.

Letztes Jahr hatten wir insgesamt sagenhafte 170 Stunden Ausfallzeiten in der EDV, in ganz Bayern, nicht nachts, sondern werktags. Die Hälfte der Zeit soll auf das (Schuld-)Konto von Vodafone gehen.

Damit stehen wir nicht nur bei den Steuereinnahmen, sondern auch bei der Technik „Spitze“ da. Die Ausfälle betragen in einer anderen vergleichbaren Münchner Behörde ganze 12 Stunden im Jahr.

Da haben wir also über zehnmal soviel Ärger. Und der Papierverbrauch ist - trotz oder wegen des Ausbaus der EDV-Prozesse - auf das Doppelte gestiegen!



„An der schönen blauen Donau“ –
Die Erde dreht sich zum Walzer von Johann Strauß

Seit einem Jahr werden die EDV-Probleme, angestoßen von Münchner Personalräten, intensiv erforscht. Der Personalrat jeder Abteilung hat vier Monate lang die Probleme festgehalten. Das Ergebnis hat der Gesamtpersonalrat beim Finanzamt München an die Stabstelle und den Bezirkspersonalrat Landesamt für Steuern München übermittelt. Weitere Gespräche mit dem Landesamt für Steuern München und der Personalvertretung sind vorgesehen.

Allen ist klar, dass die im IuK eingesetzten Beschäftigten genauso ihr Bestes geben, wie die Kolleg/innen in der Veranlagung oder den Außendiensten.

Alle bemühen sich. Wirklich alle?

Hat Vodafone für die massiven Ausfälle eigentlich Schadensersatz leisten müssen? Entspricht die Stellenausstattung und Weiterbildung im IuK-Bereich noch den gestiegenen Anforderungen? Sind die erforderlichen Finanzmittel angesichts

des notwendigen Austausches der Technik im Haushalt überhaupt eingestellt?

Alles Fragen, die in erster Linie der Finanz-, Landesentwicklungs- und Heimatminister Dr. Söder und die Landesregierung klären müssten. Aber vielleicht ist einigen Herrschaften noch vom Drehen im Freudentaumel von der Landtagswahl schwindlig? Oder sie sehnen sich nach all dem Stress nach etwas mehr Ruhe und Abstand? Ist bei manchen Abgeordneten wirklich angekommen, wofür sie gewählt wurden und was ihre Aufgabe ist?

A bisserl was geht immer! „Neues“ von „Plan 6B“?

Kaum sind die Wahlen vorbei - von einer Schamfrist von knapp drei Monaten mal abgesehen - schon werden im Freistaat Bayern wieder die Sparschweine (🐷) von der Leine gelassen.

Von der jüngsten Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten haben wir sicher alle schon gehört bzw. gelesen.

Die Grundrichtung wurde dann auch im Rahmen der Kabinettsklausur am 15. Dezember in St. Quirin erneut bestätigt:

Der Personalkostenanteil im Bayerischen Haushalt dürfe nicht mehr über die bisherigen 41 Prozent ansteigen.

**„Der Staatskörper wird schlanker,
die Rücklage wird stärker“**

*(„Heimatminister“ Markus Söder,
siehe Münchner Merkur vom 16.12.2013)*

Gegen ein bisschen Abspecken ist ja im persönlichen Bereich - nach den ganzen Feiertagen - nichts einzuwenden.

Dass der seit wenigen Jahren festzustellende Anstieg von Personalausgaben nicht mit „personell üppig ausgestalteten Verwaltungen“ zu tun hat, sondern damit, dass auf unsere gewerkschaftlichen Forderungen hin endlich ein Versorgungsfonds für die Finanzierung zukünftiger Personen geschaffen wurde - und dieser dann tatsächlich auch noch finanziell bedient wird - gerät Herrn Seehofer wie Herrn Söder dabei wohl ganz leicht aus dem Fokus.

Zu dieser leidigen Geschichte gehört dann auch noch, dass es sich die - nun wieder allein seligmachende Staatspartei - Christlich „Soziale“ Union

„geleistet“ hat, den seit 40 Jahren existierenden „Versorgungsbericht des Freistaats Bayern“ genau so lange zu ignorieren, bis die Versorgungslasten vollends aus dem Ruder gelaufen waren....



(Auer Dult – Foto Leonie Liebich)

Lange nichts mehr gehört hatten wir von „Plan 6B“ - benannt nach dem Paragraphen des einschlägigen Haushaltsgesetzes. Wahrscheinlich gerade nicht extrem wahlkampfrelevant...

Das Ganze ist nun an sich nichts Neues, aber etwas das massiv insbesondere uns Beamte und den gesamten Öffentlichen Dienst betrifft - ein „Plan“ aus der „Ära Stoiber“.

Bis 2019 sollen in Bayern weitere 4.000 Stellen in der Staatsverwaltung **ABGEBAUT** werden. ☹️☹️☹️

Auf mehr Personal kann sich KEINE unserer seit Jahren ausgebluteten Verwaltungen Hoffnung machen.

Einzige Ausnahme:

50 neue Beamtenstellen für den Hochwasserschutz (sicher NICHT in München) und 100

neue Anwärterstellen für Justizwachtmeister (sicher NICHT wegen der demnächst eingebuchten Steuerhinterzieher).

Wer es nicht glaubt: Süddeutsche Zeitung vom 28.12.2013, „Der Zorn der Gerechten“).

Das heißt: Jede zusätzliche Stelle für Betriebsprüfung und Steuerfahndung geht zu Lasten der anderen Bereiche der Finanzverwaltung.

A bisserl mehr geht ja immer noch ...

Oh Heiliger Sankt Markus hilf!

Solche Stoßgebete wird wohl nicht nur Uli Hoeneß gen Himmel bzw. zum real existierenden Schutzpatron am Odeonsplatz (bzw. nach Nürnberg) senden.

Diplomierungsfeier 2013

Kürzlich wurden alle Absolventinnen und Absolventen des Prüfungsjahrgangs 2013 im Herkulesaal der Münchner Residenz festlich geehrt. In den Ämtern sehnlichst erwartet, haben sie mit dem Abschluss des Studiums eine herausragende Leistung vollbracht.

Im Beisein vieler Eltern und Angehöriger freuten sich Schulleiter Dr. Wernher Braun, der 3. Bürgermeister von Herrsching, Werner Odemer und Oberbürgermeister Stefan Bosse aus Kaufbeuren, der Präsident der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, Hermann Vogelsgang, sowie die teilnehmenden Personalräte und Berufsverbände.

Für die Gewerkschaft ver.di nahmen Wolfgang Lubrich, ver.di-Bezirk München und Angelica Dullinger, stellv. Fachbereichsvorsitzende ver.di-Bayern, teil.



Angelica Dullinger freut sich mit dem Prüfungsbesten:
Raphael Schuster, Finanzamt München!!!

Die Sprecherinnen der Diplomand/innen Sandra Haben und Samantha Zink stellten den Ablauf des Studiums, die altbekannte Mischung von Lernen und Feiern, dar und vergaßen auch nicht den Hinweis auf die ungewohnten Doppelzimmer mit den üblichen Beeinträchtigungen. Alles andere als normal war die lang andauernde Lärmbelästigung

durch Neubau und Kanalsanierung, die sie mit einem Schulterzucken hinter sich ließen.

Ihrem „Dank an unseren Otto“, der viele schöne Filmabende an der Schule bescherte, möchten wir uns gern anschließen:

Otto Baumgartner ist sowas wie die Seele beider Schulen.

Ministerialdirigent Dr. Alexander Voitl, (BayStM-FLH*) bemerkte in seiner Festrede, dass sich für jede Leistung auch jemand finden muss, der sie anerkennt.

Mit diesem Fingerzeig zählte er die Errungenschaften der Dienstrechtsreform auf:

- 20 Mio. Euro für Leistungsprämien,
- die Modulare Qualifikation (Aufstieg durch alle Laufbahnen),
- 5% höhere Bewerbungszahlen aufgrund der attraktiven Konditionen für die Verbindung von Familie und Beruf,
- die 40-Stunden-Woche.

„Für Spitzenausbildung müssen die Rahmenbedingungen stimmen, daher wurden 115 Millionen Euro in den Neubau in Herrsching investiert“, so der Leiter der Dienstrecht- und Personalabteilung. Um die Situation der Studierenden zu verbessern, würden in Kronach 200 Studienplätze geschaffen. Schließlich kommen 50% der Anwärter/innen aus Nordbayern. Der Bedarf an Dozent/innen sei sehr hoch, dafür würden mehr Nebenamtliche gebraucht.

Er dankte in seiner Festrede für den Zuwachs bei den Einstellungszahlen Herrn Finanzminister Söder und meinte, die Personalabgänge (Pension) würden damit ausgeglichen.

*) Bayerisches Staatsministerium für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat

Schließlich erwähnte er noch die Übernahme des Tarifabschlusses, womit 2013/2014 insgesamt eine Gehaltsteigerung von 5,6% verbunden ist. Damit läge die A10-Besoldung letztlich um 15% höher als die vergleichbare Besoldung in Berlin!

Natürlich reichte hier Herrn MD Dr. Voitl die Redezeit nicht, um die unvergleichbar höheren Lebenshaltungskosten in München gegenüber Berlin darzustellen.** Leider auch nicht, um darauf hinzuweisen, dass die Mittel für Neubau in Herrsching vom Hauptpersonalrat eingebracht wurden, den Stellenmehrungen erst nach vielen Anträgen der Gewerkschaften stattgegeben wurden, die 42-!-Stunden-Woche erst nach einer Sammlung von 10.000 Unterschriften durch ver.di zurückgenommen wurde.

**) Lebenshaltungskosten in München „In der Regel müssen Sie mit 850 Euro bis 1000 Euro pro Monat rechnen“, heißt es von der TUM. „Der größte Teil wird für die Miete benötigt.“ Der Vergleich München-Berlin relativiert sich erst, wenn das Einkommen in München 1/3 höher ist, als in Berlin. Da kommen wir beim öffentlichen Dienst in Bayern nicht ganz hin, oder?!

Könnte es sein, dass Herr Dr. Voitl bereits ver.di Mitglied ist und dass er nur deshalb die anstrengende, doch letztlich fruchtbare Zusammenarbeit nicht besonders herausgestellt hat?

Egal. Ob beim nächsten ver.di-Treffen oder bei einer anderen Gelegenheit - Themen für ein Gespräch mit Dr. Voitl gibt's genug.

Ein Beispiel:

Für eine gute Ausbildung wird eine entsprechende Zahl fester Stellen für Dozentinnen und Dozenten benötigt. Das „Abfedern“ durch die „Nebenamtlichen“ geht immer auch zulasten derjenigen, die im Finanzamt mit dann noch größeren Personallücken die Arbeitsberge bewältigen müssen.

Ver.di verabschiedet sich von Ministerialdirigenten Wilhelm Hüllmantel

Am 25.11.2013 verabschiedete sich die Gewerkschaft ver.di-Bayern von Herrn Ministerialdirigenten Wilhelm Hüllmantel, der zum 1.12.2013 in Pension ging.

ver.di bedankte sich für die jahrelange gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende des Landesausschusses für Beamtinnen und Beamte, Reinhard Wallner betonte, dass Herr Hüllmantel als Ansprechpartner dieses Ausschusses in Bayern und auch in Berlin stets ein großes Ansehen genossen habe.

Werner Stupka betonte, dass Herr Hüllmantel gerade in seinen letzten Dienstjahren mit der Reform des Dienstrechtes in Bayern „Geschichte geschrieben“ habe.

Dies sei in enger Abstimmung mit der Gewerkschaft ver.di geschehen. Für den Ruhestand wünscht die Gewerkschaft ver.di Herrn Hüllmantel alles Gute.



Reinhard Wallner Werner Stupka Wilhelm Hüllmantel Dieter Fulda

„Wer betrügt der fliegt!“

Anfang des Jahres kam ich ziemlich schwer ins Grübeln, als mir diese Schlagzeile aus den Münchner Boulevardzeitungen regelrecht entge-

gensprang. Was und wen meinte denn unser aller „König Horst“ damit?

Die Ausbürgerung von hunderttausenden Steuerhinterziehern und den Einzug ihres Milliardenvermögens?

Verlust aller bürgerlichen Ehrenrechte für die mittelständischen Unternehmer oder Manager diverser DAX-Unternehmen, die jahrzehntelang Aufträge im Rüstungs- und Infrastrukturbereich „generiert“ haben, indem sie z.B. griechische Beamte und Politiker bestochen haben?

Oder doch eher diejenigen Landtagsabgeordneten, die ihre Kinder und Ehepartner illegal beschäftigt haben? Würden diese nun doch rückstandslos den Landtag zu verlassen haben?

Zum Glück konnte ich mein Weltbild kurz darauf schon wieder gerade rücken. Es geht unserem Landesvater nur um wilde Horden von Bulgaren und Rumänen, die demnächst ins gelobte Land der Deutschen ziehen werden, natürlich, um das deutsche Sozialsystem auszuplündern.

Und Herr Elmar Brok, der EVP-Fraktionsvorsitzende (Europäische Volkspartei, deren wesentlichste Teilorganisation CDU und CSU sind) im Europaparlament setzt noch eins drauf und möchte präventiv allen Neueinwanderern Fingerabdrücke abnehmen!

Sicher „linke Gutmenschen-Propaganda“, dass gleichzeitig deren Parteifreunde händeringend versuchen, möglichst viele junge Menschen aus

diesen Ländern für ein Praktikum oder eine Tätigkeit in Niederbayern zu mobilisieren....

Dass der **Betrug am Staat** massiv verfolgt, bekämpft und beendet werden muss, ist keine Streitfrage und eher im Bereich „Binsenweisheiten“ anzusiedeln. Es stellt sich dann schon eher die Frage, warum sich gerade unsere bayerische Staatsregierung immer wieder schützend vor diejenigen Betrüger wirft, die unseren Freistaat am Nachhaltigsten schädigen!

Für die Damen und Herren Steuerhinterzieher denkt die neue Große Koalition nunmehr über leichte Modifizierungen bei der „Selbstanzeige“ nach - statt sie endlich vollständig abzuschaffen.

Es bleibt dabei, dass diese „Asozialen“ (Süddeutsche Zeitung vom 02.01.2014) sich durch Nachmeldungen ihrer verdienten Bestrafung entziehen dürfen.

Personalaufbau in den bayerischen Finanzämtern bleibt pure Illusion, die „Selbstanzeige“ bleibt ja schließlich auch! Und die Griechen brauchen wir auch noch als Allzweck-Prügelknaben, Europawahlen stehen schon bald vor der Türe....

Oh Du Fröhliche, oh Du Selige!

Dieser Jahresanfang lässt schon wieder einiges an Höchstleistungen in Sachen „Politische Kultur“ befürchten.

Gerechter Steuervollzug in weiter Ferne

Gastbeitrag Klaus-Dieter Gössel, Vorsitzender Fachkommission Steuerverwaltung

Die Bundestagswahl 2013 hat zu einem Ergebnis geführt, das die Parteien zu Koalitionsverhandlungen und damit zu Kompromissen zwingt, um eine Regierung zu bilden. Diese Verhandlungen gestalteten sich schwierig. Es war aber deutlich sichtbar, dass hier in erster Linie um Prestigethemen gestritten wurde.

Die Chance, dass höhere Einkommen und Vermögen endlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, ist damit in weite Ferne gerückt. Von einem einfacheren und gerechteren Steuerrecht ist überhaupt nicht mehr die Rede.

Ich erwarte von einer neuen Bundesregierung, dass sie die Belastungen der Beschäftigten ernst nimmt und für eine Personalausstattung nach dem einheitlichen Maßstab der Personalbedarfsberechnung in allen deutschen Finanzämtern sorgt, und zwar zu 100 Prozent.

Der Bund ist hier nach § 21a FVG in der Pflicht. Es kann nicht angehen, dass der Steuervollzug weiter so vernachlässigt wird und die Gesetz- und Gleichmäßigkeit der Besteuerung auf der Strecke bleibt.

"Die Berliner Verantwortlichen kommen mir vor wie eine Reisegesellschaft die fröhlich in den Zug steigt, ohne zu wissen, wohin die Reise gehen soll und wer die Kosten trägt. Hauptsache, die Chef-Reiseleiterin ist nett!"

Urban Priol

Zum mangelnden Steuervollzug ist im *Spiegel* vom 30.9.2013 ein sehr informativer Artikel erschienen, der unter vau-online.de nachgelesen werden kann.

„Hannemann geh Du voran!“

Wer kennt dieses Zitat?

Dieser Ausspruch stammt aus dem berühmten Schwank der Gebrüder Grimm „Die sieben Schwaben“.

Ausgezogen sind die Sieben, um mit einem einzigen Speiß einen Drachen zu erlegen. Angesichts eines furchterregenden unbekanntes Tieres, das in Wirklichkeit ein gewöhnlicher Hase ist, wird einer der sieben Schwaben wie folgt aufgefordert von seinen Gesellen:

„Hannemann, geh Du voran! Du hast die größten Stiefel an, dass Dich das Tier nicht beißen kann.“

Und was kann dieses mindestens aus dem 16. Jahrhundert stammende Bild heute noch vermitteln? Vielleicht gerade uns bayerischen Finanzbeamten?

Geschimpft wird bei uns ja viel und zu Recht und die Verhältnisse sind definitiv bescheiden.

Die modernen „Drachen“ Arbeitsüberlastung und (Selbst-)Überforderung, Personalmangel und Steuerrechtschaos sind jedem von uns geläufig; und das immer weiter hinter der Privatwirtschaft zurückbleibende Gehaltsniveau kommt ja auch noch dazu.

Um im Bild zu bleiben:

Der alte Lindwurm Horst sitzt wie Smaug auf seinem „güldnen Schatz“ und bewacht ihn eifersüchtig.

Allerdings stellt es für die meisten von uns „Staatsdienern“ noch immer geradezu einen inneren „Quantensprung“ dar, die bequeme Mecker-ecke zu verlassen und **VER.DI-MITGLIED** zu werden. Soll doch erst mal die Gewerkschaft/ der Personalrat was machen! Was machen die denn eigentlich für uns?

Genau darum geht es:

ICH muss endlich etwas **FÜR UNS** machen und dazu muss **ICH** den ersten Schritt tun, notfalls auch einen kleinen Sprung über den eigenen Schatten.

Hilfreich übrigens zu wissen, dass ein „Quantensprung“ eigentlich nichts anderes darstellt als den Sprung eines Elektrons von einer Kreisbahn zur nächsten unter Aufnahme von Energie, also ein Vorgang im elektronenmikroskopischen Bereich und wahrlich keine olympiareife Selbstüberwindung!

Wäre doch mal ein guter Vorsatz für das Jahr 2014, ein bisschen Energie aufzunehmen, den großen Sprung zu wagen und es einmal mit einer richtigen **GEWERKSCHAFT** zu versuchen?

Gemeinsam können wir es eher schaffen, unseren „Drachen“ zur Strecke zu bringen.

Infos (nicht allein) für Neue

Eine Art „Gebrauchsanweisung für ver.di“ erhalten neue ver.di-Mitglieder an einem Informationsabend.

**am Mittwoch, 14.5.2014
um 17:30 Uhr im DGB-Haus
München
Schwanthalerstr. 64,
Ludwig-Koch-Saal.**

Willkommen sind darüber hinaus selbstverständlich alle ver.di-Mitglieder!

In diesem Fall bitte vorher bei Dragana anmelden: Karadzic@verdi.de.



Unter die Lupe genommen....



Immer wieder lesenswert die Mitgliederzeitung unserer Konkurrenz von der Landesorganisation bfg.

So konnte man in der Ausgabe vom Juli 2013 (also kurz vor dem Wahlkampffinale) folgendes staunend lesen:

„Bayern ist keine Steueroase! Finanzgewerkschaft und Finanzminister wehren sich gemeinsam gegen entsprechende Vorwürfe“

Wie weit kann es eigentlich mit konsequenter Realitätsverweigerung in Kombination mit bedingungsloser Anbiederung an die Mächtigen im Freistaat Bayern noch gehen?

Um das nachvollziehen zu können, müssten wir als Wecker-Redaktion wahrscheinlich doch noch viel intimere Kenntnisse unserer „Konkurrenz“ aufweisen....

Die „Große Koalition“ steht nun endlich (meistens wackelt sie ja eher...)! Was an realen Arbeitsergebnissen kommen wird, ist jetzt, Anfang 2014 natürlich noch offen.

Was sich die Einzelgewerkschaften des DGB von der „GroKo“ erwarten ist dagegen klar:

„Endlich einen echten Neuanfang – Gerechtigkeit bei der Steuergesetzgebung!“

Dabei geht es nun gerade nicht um Steuererhöhungen für alle, sondern um eine gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen. Die daraus zu erwartenden Mehreinnahmen werden dringend benötigt, um die notwendigen Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu finanzieren (www.dgb.de/-/NE9).

Die Hoffnung stirbt zuletzt!
Hoffentlich nicht ...

Neues aus dem „Heimatministerium“:

Markus Söder nimmt also nun auch noch den „grenzüberschreitenden Steuervollzug ins Visier“ („Wirtschaft - das IHK-Magazin für München und Oberbayern“ -10/2013).

Es gibt also tatsächlich relevante Themen außerhalb Frankens....

Auf zwei Seiten dieser Publikation wird - geradezu episch - über die Gründung des „Internationalen Steuerzentrums“ durch unseren Nebenerwerbs-Finanzminister berichtet.

„Nicht nur der Staat, auch die Unternehmen sollen davon profitieren...“

Und auf den folgenden zwei Seiten darf dann auch noch der Herr Staatsminister über seine Sicht der Dinge berichten....

(Achtung: Ironie!)

Ja, glaubt denn bitte - **ernsthaft** - irgendeiner oder irgendeine aus der StMFLH-Noch-Zentrale im Leuchtenberg-Palais, dass eine Aufstockung der 35 Auslandsfachprüfer (die bisher dem Landesamt zugeordnet waren) auf 50 Kollegen/-innen irgendwas an der allgemeinen Misere im Steuervollzug ändert?

Zumal diese - woher sollen sie sonst kommen - von den Finanzämtern abgezogen werden müssen.....

Dann träumt mal schön weiter!

Sanierungsfall in Hessen

Ein Land gibt es in der Mitte Deutschlands, das noch mit uns Bayern um die Rote Laterne bei der Personalausstattung des öffentlichen Dienstes - insbesondere in der Finanzverwaltung - wetteifert - das liebeliche Hessen. „Hessische Verhältnisse“ - und das seit mindestens 14 Jahren.

Nach der Abwicklung der schwarz-gelben Regierung durch die jüngste Landtagswahl haben sich ja nun die GRÜNEN als willige Steigbügelhalter für den Herrenreiter Volker Bouffier gefunden. Ein „Bündnis für die Zukunft!“ jubeln die bürgerlichen Zeitungen landauf landab.

Und was ist nun das eine, große, zukunftsweisende Ziel der schwarz-grünen Koalitionäre?

Ein „ausgeglichener Haushalt“! Dagegen ist ja auf den ersten Blick nichts zu sagen. Nur wie soll das bitte **ganz konkret** geschehen?

Nein, es sollen nicht die Banken und deren Manager - gerade in „Bankfurt“ wäre das eigentlich DAS gebotene Thema - endlich einmal so richtig an die Kandare genommen werden.

Kein Gedanke, die vielfältigen und milliardenschweren Versäumnisse bzw. Fehlspekulationen statt mit „Staatsknete“ aus eigenem Vermögen berappen zu lassen.....

Und leider denkt auch keiner der Jungvermählten daran, die Lücken in den Reihen der hessischen Finanzbeamten durch dringend notwendige Personalzuführungen zu schließen, um dem Steuervollzug auf die Beine zu helfen.

Künftig sollen - ganz im Gegenteil und über die bisherigen Sparpläne hinaus - jährlich zusätzlich 350 Stellen abgebaut werden. Schon der laufende Haushalt hatte die Streichung von 1.900 Stellen vorgesehen, 1.100 sind bereits entfallen.

Ab 2016 soll auch noch die Gehaltserhöhung für Beamte auf maximal 1% jährlich begrenzt werden (Süddeutsche Zeitung, 18.12.2013, „Schwarz-Grün in Hessen beschlossen“).

Ein „Bündnis für die Zukunft“ stellen wir uns echt ganz anders vor!

☺☺☺ Zum Abschluss noch mal was zum Schmunzeln

Wunderbare Standesvertretungslyrik auch in der Oktoberausgabe der bfg-Mitgliederzeitschrift im Artikel „Starke Finanzverwaltung“:

Eine Gewerkschaft kann, wie jede andere Interessenvertretung oder Partei, nicht alles Wünschenswerte immer erreichen.... In der Bundesrepublik Deutschland wie im Freistaat Bayern

braucht man Mehrheiten, um Anliegen Realität werden zu lassen.

*Man braucht Fürsprecher in den Parlamenten, die sich für die Ziele der bfg verwenden, Anträge und Gesetzesinitiativen einbringen und für sie werben. In einem Fall ist man dabei erfolgreich, siehe die **Rückkehr zur 40-Stunden-Woche**, in einem anderen gelingt das - zumindest vorerst - nicht, so z.B. bei der **angemessenen Personalausstattung der Finanzämter**.*

Wobei man auch hier positive Tendenzen erkennen kann....“

Jetzt frage ich:

Welche bewusstseinsweiternden Substanzen wurden angesichts dieser Visionen von den Verfassern eingenommen?

Oder hatte sich, ganz im Geheimen, auch der Beamtenbund noch gar nicht mit der Arbeitszeitverlängerung abgefunden?

Immer ganz feste die Daumen gedrückt, dass ver.di sich gegen die geplante Arbeitszeitverlängerung für Arbeiter und Angestellte durchsetzen würde. Und das genau so, dass die Fürsprecher in den Parlamenten nichts davon mitbekommen....

Dann weiter viel Erfolg beim Einwirken in der Personalpolitik.

Auer Dult

Die erste Dult wurde im Jahre 1310 am Anger, dem heutigen Sankt-Jakobs-Platz, veranstaltet, bevor das Volksfest 1796 in die Au zog.

Ursprünglich heißt „Dult“ „Kirchfest“ und auch heute findet die Dult vor der Kirche auf dem Mariahilfplatz im Stadtteil Au statt



(Auer Dult – Foto Leonie Liebich)

Wir bieten eine Führung an:

Am Mittwoch, den 30. April 2014
von 14:00 - 15:30 Uhr

Treffpunkt:

Mariahilfkirche (Haupteingang)

Teilnahmebeitrag:

6 Euro

Bitte verbindlich anmelden bei
Angelica Dullinger (FA München, Abt. Kö) unter

a.dullinger@gmx.de

Redaktion:

Angelica Dullinger

Wolfgang Untergehrer

Martin Heitzer

Norbert Reitberger

Michaela Sauerwein

Markus Eisele

Dieter Weiß

V.i.S.d.P.: ver.di Bezirksverwaltung München, Wolfgang Lubrich, Schwanthalerstr. 64, 80336 München